

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

Herausgegeben vom ANTI - STRAUß - KOMITEE

20

4.Jhg., Nr.27 — Juli/August 1977

Ewig Gestrige- oder reale Gefahr

Zum häufigen Auftreten nazistischer Organisationen in der letzten Zeit

Alte und neue Nazis treten gerade in letzter Zeit besonders massiv auf. Kaum ein Wochenende vergeht, ohne daß in irgendeiner deutschen Kleinstadt ein SS-Treffen stattfindet. Fast ebenso oft kann man von Wandschmierereien mit Nazi-Symbolen und von Grab- und Denkmalschändungen durch Faschisten hören. Aber es sind nicht nur kleine heimliche Treffen, die da überall in der BRD stattfinden. In zunehmendem Maße werden ganz bewußte, offene Provokationen durchgeführt. Ein Parteitreffen der "Jungen Nationaldemokraten" in Dachau, der Stadt, in der unter dem Hitler-Faschismus das erste Konzentrationslager errichtet wurde (der DID berichtete darüber) ein "Reichstag" der Neonazis mit Roeder, bei dem auch die Verbrennung des Grundgesetzes geplant war, die große Demonstration der NPD am 17. Juni in Frankfurt/M. mit der Propagierung der Wiederherstellung des Deutschen Reiches.

Meist sind es kleine Gruppen, die da auftreten, aber man sollte sie aber deshalb nicht für weniger gefährlich halten. Denn die Gefahr des Faschismus besteht nicht einzig und allein



NS-Reichsarbeitsdienstführer bleibt Ehrenbürger von Parsberg. Der Stadtrat bestätigte einen entsprechenden Beschluß trotz zahlreicher Demonstrationen gegen diese Reinwaschung.

darin, daß einige fanatische Rechtsradikale militärische Übungen abhalten und von der deutschen Großmacht träumen. Die Gefahr des Faschismus besteht vielmehr darin, daß bei uns eine gesellschaftliche Kraft existiert, die mindestens schon einmal in der Geschichte bewiesen hat, daß sie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht eine faschistische Diktatur zu errichten bereit ist. Hitler allein war nicht der Hitler-Faschismus. Dahinter standen einflußreiche Bank- und Konzernherren. Sie förderten Hitlers Hochkommen und bereiteten seinen Machtantritt vor. Ihr Interesse galt dem faschistischen System, mit dessen Hilfe sie die zerrütteten Wirtschaftsverhältnisse durch Ankurbelung der Rüstungsindustrie wie-

der in Gang brachten, um Höchstgewinne zu kassieren.

Diesen Zusammenhang konnte nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus 1945 in Deutschland niemand leugnen. Selbst die CDU erklärte in ihrem Gründungsauftrag: "Mit dem Größenwahn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten." Aus diesem Grunde sollte "die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne gebrochen" werden.

Diesen Zusammenhang und die daraus resultierende Gefahr sehen heute noch zu wenige Menschen. Viele halten die Nazis für harmlose Irre und erkennen nicht, daß sie deswegen gefährlich sind, weil die Ursache des Faschismus, der Kapitalismus, nach wie vor besteht. Und weil jene Kräfte in Bank- und Konzern-Kreisen weiterhin ein lebhaftes Interesse an diesen braunen politischen Handlangern haben.

"Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein" behauptet Strauß und deutet dadurch an, welche Rolle für ihn solche offen auftretenden Faschisten spielen.

Einerseits schleichen sich die Nazis und ihre Ideologie dadurch wieder in das Bewußtsein der Menschen ein, zum anderen testen sie, wieweit sie heute schon wieder gehen können.

Völlig unbehindert treten sie auf, von offiziellen Stellen oft sogar noch unterstützt oder ausdrücklich begrüßt von Stadt- und Landräten. Das Verbot solcher Veranstaltungen (scheint in anderen Ländern weniger problematisch zu sein), soll in unserem Land, wo der Hitler-Faschismus hochkam, nicht möglich sein?

Die passive Haltung der verantwortlichen Stellen wird dadurch noch begünstigt, daß bei großen Teilen der Bevölkerung die alten und neuen Nazis auf wenig aktive Ablehnung stoßen. Eine Ursache für diese Haltung der Bevölkerung liegt sicher darin, daß in unserem Land seit Jahr und Tag alles Demokratische und Fortschrittliche verteuelt wird, dass Gesinnungsschnüffelei und Angst zur Alltagserscheinung geworden sind.

Den unmittelbaren Nutzen ziehen jene ultrarechten wie Strauß, Dregger & Co. Sie können sich heute geschickt zurückhalten: die offen auftretenden alten und neuen Nazis spielen für

sie die Vorreiter-Rolle. CDU/CSU sind fleißig bemüht, solche Faschisten zu decken, zu rehabilitieren und wieder salonfähig zu machen.

Von den Demokraten wird das Auftreten der Nazis oft gleichgültig hingenommen. Zwar gibt es lokal immer wieder Protest-Aktionen, aber noch viel zu wenige sehen die Gefahr und die gesellschaftliche Kraft, die dahinter steckt. Oftmals arbeiten die einzelnen Initiativen viel zu isoliert.

"Wenn die Nazis bundesweit ihre Kräfte mobilisieren, müssen das die Antifaschisten doch auch tun". Diese Forderung, die ein Demonstrant gegen die NPD-Demonstration in Frankfurt aufstellte, richtet sich heute an alle Antifaschisten.

Ein erster Schritt zur Vereinheitlichung der antifaschistischen Kräfte ist die gemeinsame Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen, Veranstaltungen und Publikationen.

Eine Verkaufsaktion

Es fand eine Tanzveranstaltung der Gewerkschaftsjugend statt, und eine junge Frau fragte diesen Sekretär - unter Vorzeigen des Plakats -, ob wir - beide ÖTV-Mitglieder seit Jahren - im Saal verkaufen dürften.

Da wir die Erlaubnis zu unserer großen Überraschung nicht bekamen, verkauften wir die Plakate auf der Straße vor dem Haus Schwanthalerstr. 64 und zwar mit Erfolg.

Es handelt sich um das schon seit Monaten bekannte Plakat mit dem Hai und den vielen kleinen Fischen. Oben steht ein von Hand unterzeichnetes Wort von Herrn Pastor Niemöller.

Auf der Rückseite ist die Erläuterung zu den §§ und Aussagen von Alfred Grosser, Walter Jens, Luise Rinser usw.. (Verkaufspreis DM 2.-) zu lesen.

Sind Strauß-Gegner bei der Gewerkschaft unerwünscht, fragen wir uns?

Spinner~ oder wem nützen die Nazis

Wo immer in den letzten Wochen und Monaten gegen die faschistischen Auftritte und Provokationen protestiert wurde, hörte man den Begriff der "ewig Gestrigen". Können 14-15-jährige "Junge Nationaldemokraten" (NPD) ewig Gestrige sein? Und kann die Reduzierung der Nazi-Umtriebe auf bloße Spinnerei nicht Ausdruck einer gefährlichen politischen Kurzsichtigkeit sein? Und Strauß, der selbsternannte "Führer des Rechtskartells"- wie ist sein Verhältnis zu diesen offen auftretenden Faschisten? Er selbst hält sich - oberflächlich betrachtet - heute im Hintergrund, läßt seine Hilfstruppen arbeiten, mit denen er ja "nicht zimperlich" ist. Die CSU/CDU - Mannen schützen die Nazis

weil sie ihnen nützen:

Darum nicht nur moralischer Apell gegen die braunen Banden, sondern Einsicht in die Gefahr eines neuerlichen Faschismus, und vor allem Klarheit über den Gegner: Strauß und seine Handlanger leisten Vorarbeit im Interesse der Bank- und Konzernherren. So erklärt sich auch die Notwendigkeit der Aktionseinheit gegen rechts, nur so kann ein Aufruf (s. S. 11...) praktische Bedeutung gewinnen.

Gewaltparagraphen und Prozesse gegen antifaschistische Zigeuner, Arbeiter und Studenten, Berufsverbote und Hakenkreuz-Schmierereien, Röder-Auftritte und pseudodemokratische Hitler-Filme (S. 6/7.) sind nicht unabhängig von einander zu sehen. Sie sind nicht zufällige Ausrutscher unseres politischen Systems in der gegenwärtigen Entwicklungsphase, sondern alle Ausdruck eines gesamten Prozesses, der - wenn wir ihn nicht stoppen - mit einer neuen faschistischen Gewaltherrschaft enden kann. Diese Anschauung der gegenwärtigen poli-



tischen Lage ist wenig verbreitet. Ein Mangel der gesamten demokratischen Bewegung! Zu viele sehen z. B. auch über den Kampf dieses oder jenes bestimmte Berufsverbot noch nicht hinaus: erkennen den Gegner nicht. Darin liegt auch die Ursache der Schwäche der Bewegung und der fehlenden Einheit.

Der DID will versuchen, ein wenig Klarheit zu schaffen, will für die notwendige Diskussion unter den Demokraten und Antifaschisten ein Forum werden. Darin sehen wir einen Beitrag, um die drohende Gefahr rechtzeitig abzuwenden. ■

NAZISTISCHE UMTRIEBE HÄUFEN SICH:

vor zwei Monaten in Fürstenfeldbruck, in Regensburg und an der Uni, jetzt in Frankfurt und Würzburg. Grund genug zu fragen, wie ernst diese Gruppen zu nehmen sind.

S. 4,5,6

EIN MODELLSPIEL

faszinierte Jugendliche, als sie in einem ausgetüftelten Planspiel selber erfahren konnten, wie Faschismus entstehen kann. Fazit der spielenden Parteien: Der Faschismus hat nur eine Chance, wenn das Volk uneins gegen ihn ist.

S. 11

WEHRET DEN ANFÄNGEN

heißt es in einem Aufruf des ASK zu den NAZI-Provokationen und der wachsenden faschistischen Gefahr. Er wird zur Diskussion vorgelegt.

S. 11

VORBEREITUNGEN LAUFEN SCHON

für den Einkehr der Friedhofsruhe in unserem Land. Die CSU/CDU profiliert sich am deutlichsten dabei mit Gesetzesentwürfen nach Art von Strauß. Der DID dokumentiert.

S.12,13

NPD-"Deutschlandtreffen"

In den letzten sechs Monaten fanden - fast unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit und kräftig unterstützt von westdeutschen Politikern - mindestens 60 Treffen alter und neuer Nazis statt.

Beim Pfingsttreffen des 1. SS-Panzerkorps waren 2 500 "alte Kämpfer" nach Nassau a. d. Lahn gereist. "Herzlich willkommen" geheißen vom Stadt-Beigeordneten Theo Hatzmann (SPD) beschworen in der Nassauer Stadthalle Veteranen der SS-Division "Leibstandarte Adolf Hitler" und "Hitlerjugend" die "glorreichen" Zeiten. Die Öfen im KZ von Dachau gehörten "in Wirklichkeit nur zu einer Bäckerei" behauptete ein alter Kämpfer.

Wen wundert es, wenn sich auch die NPD wieder kräftig regt? Bei ihrem Deutschlandtreffen am 17. Juni ds. Js. demonstrierten 3 000 Nationaldemokraten Kampfkraft und Siegeszuversicht in Frankfurt. Als DID-Leser erlebte ich den NPD-Skandal mit. Bestürzt darüber, mit welchem Aufwand an Polizei auf Kosten der Steuerzahler diejenigen geschützt werden, die sich u. a. offen für eine Annektierung Österreichs und der "geraubten Ostgebiete" aussprachen, fragte ich mich: Dürfen Neonazis bei uns ungestört provozieren?

Polizei mit Schutzhelmen, Plastikschilden und Schlagstöcken schützte die Rednertribüne der NPD auf dem Römer, NPD-Leute mit scharfen Bluthunden traten ebenso ungehindert wie die berühmteste Schlägerbande "Wehr-

sportgruppe Hoffmann" aus Nürnberg auf. Rd. 2 000 Gegendemonstranten hatten sich eingefunden und "Nazis raus aus Frankfurt" erscholl immer wieder als Sprechchor. Die NPD-Angehörigen entfesselten mehrfach Schlägereien während ihres Demonstrationszuges. Am Parlamentsplatz wurden von ihren Schlägern drei junge Leute krankenhaushausreif geschlagen. Eine Wasserschlacht lieferte die Polizei, als sich NPD-Chef Mußnug angegriffen fühlte. Festgenommen wurden nur drei



Faschisten verprügeln Demokraten in Frankfurt

NPD-ler, aber mindestens 10 Gegendemonstranten, durchsucht wurden Kraftfahrzeuge, Namen, Adressen und Kfz-Nummern festgehalten, als junge Leute vom Straßenrand aus den NPD Aufmarsch fotografierten.

Ich frage mich, ist das unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung? Auf den neuen Flugblättern des NPD-Kreisverbandes Frankfurt wird erklärt, das "Deutschlandtreffen" sei erst "der Anfang" gewesen. "Bald" werde man überall zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich "die Frankfurter" zu wehren wüßten. Das Flugblatt ruft auf "Antikommunisten Frankfurts sammelt euch!" Im Fettdruck heißt es "Wir Nationaldemokraten sind nicht die letzten von gestern, sondern die ersten von morgen."

NPD - Schläger an der Uni

Mehr als zehn Verletzte, darunter eine bewußtlos geschlagene Frau, ein Kieferbruch, rausgeschlagene Zähne und Platzwunden waren das Resultat eines Angriffs von NPD-Schlägern am 21.7.1977 an der Universität München. An der Mensa der Universität finden seit oh und je Büchertische der verschiedenen Hochschul-Organisationen statt. Neuerdings hat sich da allerdings etwas verändert. Seit einigen Wochen versuchen einzelne Burschschafter ganz offen ihre faschistische Propaganda zu vertreiben. Nachdem das einige Male durch den geschlossenen Protest der Demokraten verhindert werden konnte, griffen die Burschschafter zu neuen Mitteln. Sie holten sich Verstärkung von der NPD, u. a. den bekannten Nazi-Führer Kerscher mit seinen Söhnen aus Regensburg.

Am 21. Juli nahmen sie die Stellwand einer Organisation, die vor der Gefahr eines neuerlichen Faschismus warnte, zum

Ebenfalls die "Kerscher"-Gruppe hat einige Tage vor dem geschilderten Vorfall in einer Regensburger Gastwirtschaft eine Schlägerei angefangen. Mehrere Personen wurden verletzt, der Sachschaden beträgt etwa DM 5 000.-, Strafanzeige wurde vom Wirt erstattet. Ein sichtbarer Anlaß lag nicht vor, zwei Gäste diskutierten lebhaft, Kerscher mischte sich ein und fing gleich an zu schlägern. Nicht Kerscher allein, sondern seine Söhne haben sich - wie immer - beteiligt.

Anlaß für einen in solcher Brutalität bisher nicht dagewesenen Überfall. In wenigen Minuten hatten die ca. 20 bis 30 Nazis die Stellwand völlig zerlegt. Die Einzelteile wurden als Schlaginstrumente

gegen die Protestierenden eingesetzt. Mit Schlagringen und Boxhandschuhen gingen diese Neonazis auf alle Umstehenden los, darunter auch auf Frauen und sogar auf Kinder.

Obwohl sich sehr schnell viele Studenten einfanden, konnte der Naziterror nicht beendet werden. Das brutale Vorgehen der Faschisten erreichte sein Ziel: die Masse der Studenten stand völlig schockiert und verängstigt herum und traute sich angesichts der Methoden nicht einzugreifen.

Die Polizei, die sofort verständigt wurde, ließ sich Zeit. Nach mehr als einer halben Stunde - nachdem die Opfer der Schlägerei bereits im Krankenhaus waren, erschien ein einziger Polizist. Von den Neonazis war da weit und breit nichts mehr zu sehen.

Dieser Überfall hat eins gezeigt: Teile der Faschisten beschränken sich nicht mehr auf die Propaganda ihrer Ziele, sondern greifen zu offener Gewalt, um die Angst und Einschüchterung der Menschen als Voraussetzung zur Durchsetzung ihrer Ziele zu erreichen.

Angesichts dieses Vorgehens hilft kein Zaudern und kein Liberalismus. Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder für diese Neonazis sein oder gemeinsam dagegen.

Kampf für Groß-Europa

Rolf front verrecke!

NSDAP
Landorganisation
USA, Nebraska USA
68506

NSDAP jetzt!

NSDAP-AO Box 6414
Lincoln, NB 68506 US

Die Wahrheit über Hitlers KZs

neimtückischer Verrat

Niemals auf die deutschen Ostgebiete verzichten! Jüdchen

ergasungen" erfunde

Zweimal Hitler

Als Sex-Protz

Bezahlt vom Großkapital, von Bürgerlichen und den Kirchen toleriert, wenn nicht gar zaghaft gefeiert und von den Faschisten bejubelt, so kam Hitler an die Macht. Im Kleinen hat sich zur Feier des filmischen Machwerkes 'Hitler - Eine Karriere' der gleiche Kreis gesammelt. Die Filmproduzenten haben dem Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen ("Dahinter steckt immer ein kluger Kopf") Joachim Fest den Film finanziert und im Bewertungsausschuß zusammen mit den Vertretern der Kirchen das Prädikat 'Besonders Wertvoll' verliehen. Dieses Prädikat verschafft dem Film und den Theaterbesitzern, die ihn vorführen besondere steuerliche Vorteile. Bürgerliche Zeitungen haben den Film gelobt, die Springer Presse hat ihn hochgepriesen und die Nationalzeitung fand jubelnd endlich werde die wahre Größe Hitlers dargestellt.

Die Nationalzeitung hat Grund zum Jubeln! In solcher Verlogenheit ist der Faschismus seit 1945 nicht mehr im deutschen Film gezeigt worden. Joachim Fest galt einmal als Linksliberaler. Er hatte den Spiegel-Herausgeber Augstein vertreten, als dieser von Strauß ins Gefängnis gesteckt worden war. Jetzt ist er bei der großbürgerlichen FAZ einer der bestbezahlten Feuilletonschwadroneure. Dem Film, einem technisch geschickten Zusammenschnitt aus NS-Propaganda, Leni-Riefenstahl-Filmen und Wochenschauen hat er den Text unterlegt. Dieser Text mit Bild und Musik geschickt drapiert 'erklärt' den Faschismus als ein Phänomen, dessen Ursachen in der Person von Adolf Hitler liegen: Ein Kleinbürger mit verschrobenen Vorstellungen und einem eisernen Willen, unbestechlich und faszinierend kommt von der Begeisterung des Volkes getragen an die Macht und stellt

in Deutschland Ordnung, wirtschaftliche Größe und politische Macht wieder her. Er scheitert, weil er seine Fähigkeiten nicht richtig einzuschätzen weiß. Das deutsche Volk, insbesondere die Frauen sind ihm sexuell hörig, weil er eine unerklärliche erotische Ausstrahlungskraft besitzt. Eros ist ein Lieblingswort, wenn Fest Hitler beschreibt. Die großen Aufmärsche, die Totenehrungen, die Massenkundgebungen appellieren an den Todestrieb und die Sehnsucht nach Ordnung bei den Deutschen. Hitler glaubt fest an sich, und solange er das tut ist er erfolgreich. Als er den Glauben verliert, nimmt der Krieg eine Wende und die Person Hitler verfällt zusehends.

Mit dieser Mischung aus Kaffeesatzpsychologie, Demagogie und Geschwätz wird Hitler zum heroischen Dämon geschminkt und der Faschismus zum persönlichen Problem zwischen einem einzelnen Menschen und dem Rest des Volkes verniedlicht. Wenn das nicht mit den Mitteln der Wort- und Bildmanipulation gelingt, scheut sich Fest auch nicht zu lügen. Er behauptet die Kommunisten hätten die Straßen unsicher gemacht und die Nazis für Ordnung gesorgt. Dazu unterlegt er Filmschnipsel, die marschierende Nazis zeigen, als Ton wird das Deutschland-Lied eingespielt. Im Gegenschnitt zeigt er marschierende Kommunisten mit der Internationale. Mit Hilfe solcher und ähnlicher Tricks setzt er Symbole, die im Ohr des Zuschauers einen positiven Klang haben mit den Nazis gleich.

Die NSDAP ist nach seinen Worten - obwohl kein Geschichtsbuch mehr das Gegenteil leugnen kann - unbestechlich gewesen und hat kein Geld vom Großkapital angenommen. Die Volksverhetzung durch den Propagandaapparat der NSDAP wird dargestellt als ein Abstieg des deutschen Volkes in die platte Biederkeit und dazu werden Bilder von Volkstänzen und Militärparaden gezeigt.

Was außerdem nicht ins Bild paßt wird verschwiegen oder heruntergespielt. Die erbarmungslose Verfolgung von Demokraten und Kommunisten wird nicht erwähnt, die Millionen Toten, die im Weltkrieg gefallen sind, verschwiegen. Von dem großen Betrugsversuch der Nazis, dem Reichtagsbrand, den die damals Angeklagten im Prozeß ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben entlarvt hatten wird in 'ganz einfachen' Worten gesagt: "Wer immer den Reichstag angezündet hat, genützt hat es nur den Nationalsozialisten."

Die Vernichtung der Juden ließ sich nicht ganz verheimlichen. Sie wird aber psycho-

logisch sehr einsichtig erklärt. Am Anfang werden Bilder von Wien vor dem ersten Weltkrieg gezeigt, in dem sich damals der arbeitsscheue Hitler aufhielt. Auf diesen Bildern sind bärtige, fremd aussehende Juden zu sehen und der Kommentar behauptet, ein solcher Anblick habe bei Hitler blutschänderische Ängste ausgelöst. So einfach ist das!

Der Film dauert geschlagene zweieinhalb Stunden. Seine Quintessenz: Hitler war ein verklemmter Erotiker, er hatte Angst vor Blutschande und zwanzig Millionen Menschen wurden deshalb geschlachtet. Der Faschismus ist im Kommen; seine Hofberichterstatter sind schon da!

Als Kriegsverbrecher

Im Juni ds. Js. lief in einem Münchner Kino der Film: "Hitler - mein Kampf"

Wir vom Anti-Strauß-Komitee wollten wissen, ob dieser Film hält, was er verspricht, ob er wirklich dokumentiert, daß . . . "es nie wieder geschehen darf."

Als erstes erstaunte uns, wie viele bzw. wie wenige Münchner sich für dieses Thema interessierten. In dem Kino, das für 300 Personen etwa Platz hat, waren höchstens 50 in der Abendvorstellung. Erstaunlich, zumal Filme mit diesem Inhalt in den Kinos der BRD rar sind. Der Film zeigte Originalaufnahmen aus der Zeit zwischen 1920 und 1945, z. T. Propagandamaterial, Nachrichtenf়ilme (Wochenschau hieß das) und interne NSDAP-Filme.

Im Vorspann wurde betont, daß aus Zeitgründen keine Kommentare gegeben werden und man nur die geschichtlichen Tatsachen wiedergeben könne.

Das Hauptaugenmerk lag auf der Judenhetze- und Verfolgung. Anhand von Reden und Zeitungsausschnitten usw. wurde aufgezeigt, wie die Juden systematisch ausgerottet werden sollten. Ein Film über das Warschauer Ghetto, der eigentlich zu Propagandazwecken gedreht war, zeigte so schonungslos, wie mit den Juden verfahren wurde, daß sogar die Nationalsozialisten selbst den Film zurückzogen, da sie befürchteten, die Bevölkerung bekomme Mitleid mit den Juden.

Was leider in dem Film zu kurz kam und nur mit einigen Sätzen erwähnt wurde, waren die Menschen, die ebenfalls in den Konzentrationslagern gequält und sehr oft auch umgekommen sind: Geistes- kranke, Körperbehinderte und Widerstandskämpfer wie Christen, Demokraten und Kommunisten.

Was man unserer Meinung nach auch besser und ausführlicher hätte darstellen müssen, war die Verstrickung Hitler - Großkapital. Es wurde zwar erwähnt, daß Hitlers Wahlkampf von der Schwerindustrie und der Chemischen Industrie bezahlt wurde, aber warum und wieso wurde dem Zuschauer nicht vermittelt. Wenn die engsten Verbindungen zwischen Hitler und der deutschen Wirtschaft gründlicher aufgearbeitet worden wären, hätte sich der Film nicht darum drücken können, den Nationalsozialismus wirklich zu analysieren, statt - wie er es tut - nur die Auswirkungen darzustellen. Der Faschismus ist für das Kapital die letzte Möglichkeit, seine Herrschaft angesichts einer immer größer werdenden Arbeiterbewegung aufrecht zu erhalten. Der Nationalsozialismus hat rücksichtslos und brutal die Interessen der Großindustrie durchgesetzt. Die Arbeiterbewegung und alle demokratischen und fortschrittlichen Bestrebungen im Volk wurden blutig niedergeschlagen. So konnte das Kapital ungehindert die Vorbereitungen für sein größtes Geschäft, den schrecklichsten aller bisherigen Kriege, treffen.

Da der Film diese Zusammenhänge nicht aufzeigt, gelingt es ihm auch nicht darzustellen, wie ein neuerlicher Faschismus verhindert werden kann.

Die Aktionseinheit aller Demokraten ist heute wie damals das einzige Mittel dagegen.

Die Aktionseinheit aller Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilosen steht heute schon wieder dringend an. Denn schon wieder treten in der ganzen Bundesrepublik Leute auf, die hinter der Nazi-Ideologie stehen und Deutschland wieder zu einem "großdeutschen Reich" machen wollen.

Die Greuel des Nationalsozialismus, die uns der Film vermittelte, mahnen uns dazu, jetzt schon alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die Einheit gegen die Reaktion herzustellen.

Beispielhaft:

Jugendliche setzen sich mit Faschismus auseinander

In unserem Freizeitheim haben wir mit den Jugendlichen ein Seminar zum Thema "Faschismus" gemacht. Hier ein kurzer Erfahrungsbericht:

Bei einer wachsenden Zahl von Jugendlichen ist Unzufriedenheit, "Demokratie-Müdigkeit" festzustellen. Diese ist mit der sich verschlechternden Situation in der Schule (Leistungszwang und -selektion) und am Arbeitsplatz (Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel) sowie mit dem gleichzeitigen Ausschluß von Verantwortlichkeit - denn der Jugendliche hat weder in der Schule, noch in der Lehre, geschweige denn in der Bundeswehr irgendeine Möglichkeit des verantwortlichen Mitgestaltens!

Folge daraus ist, daß aus dieser Unzufriedenheit und gleichzeitiger Machtlosigkeit nach radikalen (i. s. von "gründlich") Lösungen aus der Lebensmisere gesucht wird.

Hier scheint sich die scheinbare Radikalität des Faschismus anzubieten. Dieser wird jedoch nur nach einigen Äußerlichkeiten (Autobahn, Arbeitsbeschaffung, siegreiche Feldzüge, angebliche Eindämmung der Kriminalität usw.) bemessen. Genauere Kenntnis vom Wesen des Faschismus, als einer jeden konkret betreffenden und alltäglich erfahrbaren Herrschaftsmethode, jedoch fehlt. Die Ästhetik faschistischer Machtausübung, "faszinierende" Aufmärsche und Persönlichkeiten scheint das einzige zu sein, was den Jugendlichen in unseren Schulen nahegebracht wurde - verbunden mit einer jammernden, moralischen Verurteilung sowie einem halbherzigen Hinweis auf die "Märtyrer des Widerstands vom 20. Juli".

Nicht-Wissen, Spekulation, Gerüchte und verantwortungsloses Schwärmen dringen jetzt in diese Lücke vor, sei es durch Schundhefte ("Landser"), bürgerlich-nostalgische Mythologisierung der Person Hitlers und durch eine wachsende Zahl von Kriegsfilmen ("Steiner"). Allen diesen zweifelhaften publizistischen und pädagogischen Bemühungen ist gemeinsam, daß der Faschis-

mus in seiner alltäglichen Konsequenz, seien es Abschaffung der Freizügigkeit, der politischen Rechte der Arbeitnehmer, Verschlechterung der Lebensbedingungen, Senkung der Reallöhne usw. nicht erscheint. Damit wird eine politische Position zum Faschismus eine Zufälligkeit, eine fast ausschließliche Kategorie des guten oder schlechten Geschmacks, da damit keine Subjektivität des einzelnen (d. h. als ihn selbst unmittelbar angehend) zustandekommt. Diese Subjektivität aber ist nötig, um eine Position zum Faschismus zu finden, um sich zu ihm als Angriff auf die eigene Lebensmöglichkeit, auf das eigene Leben verhalten zu können.

Wie wir uns vorbereitet haben.

Vor dem eigentlichen Termin fanden vorbereitende Gespräche statt. Brauchbare Literatur wurde gesichtet und zur Aufarbeitung an die einzelnen Teammitglieder verteilt. Bei der Literatúrauswahl hielten wir uns an solche Arbeiten, die die Auswirkungen faschistischer Politik am Arbeitsplatz und in der Jugendfreizeit behandelten sowie deren Stellung zur Arbeiterschaft.

Gleichzeitig wurden verstärkt mit den interessierten Jugendlichen Gespräche geführt, um einen möglichst exakten Ansatz am Wissensstand der Jugendlichen zu finden.

Auf unseren Vorschlag, daß einige Jugendliche sich an der inhaltlichen Vorbereitung beteiligen, indem sie mit einer Filmkamera ihre Eltern befragten, erklärten sich sechs Jugendliche dazu bereit. Wir baten darum, nicht moralische Wertungen von den Eltern zu erfragen, sondern sich eine möglichst genaue Schilderung der Lebensumstände während der Nazizeit geben zu lassen.

Die Befragungen wurden von den Jugendlichen allein durchgeführt. Es wurden ein Elternpaar, eine Mutter, eine Lehrerin und ein Kaffeekränzchen interviewt.

Didaktische Probleme.

Von vorneherein war uns klar, daß es anschaulicher Vermittlungsmethoden bedarf, um die teilweise komplizierten wirtschaftspolitischen

Zusammenhänge darzustellen.

Die reine Referatsform war dazu ungeeignet.

Dazu bereiteten wir ein Planspiel vor das die Zeit der Machtübernahme (ab ca. 1930) bis zum Kriegsbeginn (1939) beinhaltete. Drei Spielparteien wurden entworfen (Arbeiterschaft, Wirtschaft und Staat), die alle mit

schriftlichen Handlungsmöglichkeiten versehen wurden. So stand auf der Arbeiter-Liste: "Androhung eines Generalstreiks", "Versuch einer Machtübernahme", "Arrangement mit der Staatsmacht" usw., während die Wirtschaftsseite z.B. folgende Handlungsmöglichkeiten hatte: "Aussperrung", verstärkte materielle Unterstützung faschistischer Parteien" etc..

Das Planspiel wurde vom Team testweise durchgeführt, um Aufschluß auf seine Spielbarkeit zu erhalten.

Gleichzeitig wurde überlegt, welche Medien zusätzlich eingesetzt werden können, z. B. ein Spielfilm oder Kurzfilm. Hierzu wurde Kontakt zu einem Filmverleih (Unidoc) aufgenommen, der uns den DDR-Film "Einer von uns" empfahl. Weiter zur Debatte stand der Dokumentarfilm "Dachau" (von der VVN) und der Film "Rom - Offene Stadt" von Rossellini. Das Team entschied sich schließlich für den Letztgenannten. Zwar geht der DDR-Film sehr viel sicherer mit Spannungselementen um, läßt aber gleichzeitig keinerlei Bezugspunkte zu einer eigenen Realität erkennen. Die im Film gezeigten Widerständler sind (sozial) unidentifizierbare Helden, immer ernst und gefaßt und sich der historischen Tragweite ihrer Handlungsweise bewußt - sie verhalten sich klischeehaft entsprechend der Deutung, die ihnen die Geschichtsschreibung nachträglich beigelegt hat.

Anders bei "Rom-Offene Stadt", der zwar in Italien spielt, trotzdem aber aufgrund seiner Menschenschilderung viel mehr zu Anteilnahme, zur Parteinahme zwingt und viel mehr die Möglichkeit bietet, eigene Verhaltensweisen wiederzuerkennen.

Zusätzlich wurde ein Referent der VVN eingeladen, der selbst in den Nazi-Kerkern und im Dachauer KZ war.

Die Durchführung.

Das Seminar begann mit dem Planspiel. Ein Teammitglied umriß dazu noch einmal kurz die historische Ausgangslage des Spiels: Wirtschaftliche Krise, starke Arbeiterbewegung.

Das Spiel erwies sich als gute Methode, um Geschehnisse der damaligen Zeit nachvollziehen zu können. Gerade für die Spielpartei "Arbeiter" ergaben sich im Spielverlauf, welcher von den Jugendlichen sehr engagiert und konzentriert durchgeführt wurde, regelrecht emotional beklemmende Szenen.

Es stellte sich heraus, daß das Spiel ziemlich nahe am tatsächlichen historischen Geschehen war. Nach ihm wurden

die Verhaltensweisen der einzelnen Parteien noch einmal besprochen und hier bei besonders diejenigen der Partei "Arbeiter" und "Staat". Die Partei "Arbeiter" kam zu dem Schluß, zu spät auf die dauernden Angriffe reagiert zu haben und dadurch schließlich in eine hoffnungslose Defensive gedrängt worden zu sein.

Ein Teammitglied verglich dann die Spielzüge mit der Historie und referierte den weiteren Verlauf der damaligen Geschichte. Danach wurden die gefilmten Interviews vorgeführt; beabsichtigt war, diese Interviews ausführlich zu diskutieren. Da aber das Planspiel schon sehr viel Energie absorbiert hat, kam dieses Gespräch nicht mehr in der gewünschten Intensität zustande. Die Funktion jedoch, zum Seminar auch inhaltlich zu motivieren, dürften die Interviews auf jeden Fall erfüllt haben.

Am Abend erzählte ein Vertreter der VVN vom Widerstand und vom KZ. Ihm wurde zugehört, weniger aber, weil man ihn politisch akzeptierte, sondern weil er persönlich glaubhaft wirkte. Bedauerlich war, daß sein politisches Referat selten mit dem vorhandenen Wissen der Jugendlichen korrespondierte, und, daß man schließlich wieder in der KZ-"Gruschkammer" landete. Das wollten wir gerade nicht: Geschichte der Arbeiterbewegung als einzige Kette von Niederlagen, Quälereien und DepressionenTrotzdem verfehlte dieses Referat seine Wirkung nicht.

Danach sahen wir uns den Film "Rom - offene Stadt" an. Der Film, der trotz aller Emotionalität nie in eine unseriöse Gefühlsduselei kippt, verfehlte seine Wirkung nicht. Er war noch nach Stunden Gesprächsthema in kleineren und größeren Gruppen.

Zusammenfassend können wir sagen, daß dieses Seminar erfolgreich war. Wie weit das von uns vermittelte Wissen tatsächlich zum Tragen kommt, ist jedoch nicht zuletzt eine Aufgabe für die Zukunft; hier anzuknüpfen und Diskussionen weiterzuführen - sei es in Einzelgesprächen oder auch im Rahmen größerer Veranstaltungen - dürfte lohnend sein. Denn das vorgefundene Defizit an Wissen über den Faschismus ist ungeheuer groß. Nicht zuletzt aber ist auch wichtig, sich ernsthaft mit den Positionen der Jugendlichen sowie den Ursachen für etwaige "Hitler-Bewunderung" auseinanderzusetzen.

§ 88 a

Wissenschaftliche Bücher beschlagnahmt

Am Mittwoch, den 8. Juni 1977, beschlagnahmten Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Kriminalpolizei ca. 40 Buchtitel des Oberbaum-Verlages in einer Gesamtzahl von 630 Büchern, die in einem LKW aus Westberlin über Helmstedt transportiert wurden. Die Beamten durchwühlten den LKW, öffneten Aktentaschen, private Briefe, Buchführungsmaterial und nahmen die Fahrer fest.

In der Beschlagnahme-Anordnung heißt es: "Die Beschuldigten (die Fahrer!)

reisten mit dem LKW am 8.6.77 gegen 13,30 h aus Berlin kommend in die Bundesrepublik Deutschland ein. Die Druckerzeugnisse haben größtenteils linksextremistischen Inhalt. (...) Hieraus ergibt sich der Verdacht, daß die von den Beschuldigten beförderten Schriftstücke zum Landfriedensbruch im Sinne des § 125 a StGB auffordern. Da die Beschuldigten diese Schriftstücke vorrätig hielten, besteht gegen sie der Verdacht auf Straftat gegen die §§ 88 a, 125 a, 126 StGB (...) Gemäß § 94 StPO ist die Beschlagnahme anzuordnen.

Amtsgericht Helmstedt, Elshoff, Richter!"

Beschlagnahmt wurden neben Privat-Briefen und Buchführungsmaterial u. a. auch folgende Bücher:

- Nils Holmberg: Friedliche Konterrevolution

- Charles Bettelheim: Klassenkämpfe in der UdSSR;
- Franz Mehring: Schriften über Deutschland;
- Polemik über die Generallinie, Dokumente der KP Chinas gegen die Politik der KPdSU zwischen 1956 und 1963;
- Scharrew: Vaterlandslose Gesellen (ein Buch über die Anti-Kriegs-Opposition 1914);
- Biographie von Joris Ivens (Filmregisseur) von Klaus Kreimeier;
- Barfüssige Ärztin (über Aspekte des Gesundheitswesens in der VR China);
- Peter Mainz: Tansania, Modell eines Entwicklungslandes.

Diese Beschlagnahme erinnert an die Praktiken aus der dunkelsten Periode deutscher Geschichte. Wenn ein nach dem DDR-Transit plombiertes Fahrzeug geöffnet wird, wenn der Transport von Büchern eines Westberliner Verlags mit der Begründung der "Einfuhr linksextremistischer Schriften in die BRD" verhindert wird, wenn der Zensurparagraph 88 a bereits gegen Bücher von Autoren wie Bettelheim, Holmberg, Franz Mehring oder Dokumente der KP Chinas angewandt wird, dann zeigt das das ganze Ausmaß der politischen Unterdrückung in der BRD und Westberlin.

Dieser neuerliche Akt politischer Willkür in einem der ersten Fälle der Anwendung des Zensurparagraphen 88 a verlangt die Solidarität und den Zusammenschluß aller Demokraten, Sozialisten, Antifaschisten und Kommunisten! Jeder Journalist, jeder Kulturschaffende, jeder Schriftsteller, Künstler und Verleger, jeder Gewerkschafter, Lektor, Buchhändler, Drucker und besonders Leser, der diese Zustände nicht hinnehmen möchte, ist heute bedroht. Inzwischen haben sich denn auch viele von ihnen solidarisch erklärt, darunter Mitarbeiter des Rowohlt Verlag, in deren Protestresolution es u. a. heißt: "die schon häufig beobachtete willkürliche Wahl kleiner Verlage für solchen obrigkeits-staatlichen Vandalismus trifft die ökonomischen Grundlagen solcher Firmen und den Kern der Meinungs- und Informationsfreiheit unserer Verfassung. soll politische Literatur in die Verdachtzone des Terrorismus zerren."

Die Tatsache, daß prominente Autoren des westeuropäischen Auslandes betroffen sind, wird einmal mehr dem westeuropäischen Ausland demonstrieren, was von den Erklärungen der Bundesregierung über die "demokratische Republik BRD" zu halten ist.

WEHRET DEN ANFÄNGEN

Das ASK stellt diesen Aufruf als Entwurf zur Diskussion. Wir wollen damit unseren Beitrag leisten zu einer Vereinheitlichung der demokratischen Bewegung. Wir hoffen unseren Entwurf durch Kritik und Anregungen verbessern zu können. Für alle Meinungen dazu bieten wir den DID als Forum an.

Seit einiger Zeit machen die verschiedensten ultrarechten und faschistischen Gruppen und Organisationen in der ganzen BRD verstärkt provozierende Veranstaltungen und Aufmärsche. Zweck ihres Auftretens ist einmal, die faschistische Terror-Herrschaft der Nazis zu verharmlosen und zu rechtfertigen, zum anderen das Auftreten faschistischer Organisationen als "normal" im politischen Alltagsleben der BRD hinzustellen und dabei ihre Forderungen nach Abschaffung der demokratischen Rechte und der parlamentarischen Demokratie zu propagieren. Diese Nazis scheuen sich nicht in Dachau, wo das erste Konzentrationslager der Hitler-Diktatur errichtet wurde, einen provozierenden Aufmarsch zu versuchen. Für diese Faschisten ist Rassenhaß und Antisemitismus, Krieg und Völkermord kein verabscheuungswürdiges Verbrechen sondern Programm.

Heute werden alte und neue Nazis von bestimmten Kreisen aus Wirtschaft und Industrie -mehr oder weniger verdeckt- gefördert. Die politischen Kreise in den Reihen der CSU/CDU decken dabei das Treiben der Faschisten beziehungsweise versuchen immer wieder, diese salonfähig zu machen, damit die offen auftretenden Faschisten

den Boden bereiten können für die Ultrarechten wie Strauß, Dregger und ihre schwarzbraune Sammelbewegung.

Die fortschreitende Rechtsentwicklung in der BRD, die zunehmende Verschärfung der gesellschaftspolitischen Probleme und das Auftreten neuer faschistischer Kräfte müssen in einem Zusammenhang gesehen werden; die Gefahr einer neuerlichen Galtherrschaft wächst.

Jedes Volk, das unter Faschismus leiden mußte, hat die Erfahrung gemacht, daß die Gewalt und das Herschen völliger Rechtlosigkeit (Zerschlagung der Gewerkschaften, Verbot sämtlicher Parteien, keinerlei demokratische Rechte etc.) im Interesse der Großindustrie und Hochfinanz ausgeübt wurde, und nur wenn sich die Betroffenen, ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, Parteilose, Liberale oder Christen zusammenschloßen, konnten sie Widerstand leisten.

Wir müssen auch aus der Geschichte lernen, daß die Einheit gegen den Faschismus gar nicht früh genug geschaffen werden kann. Es ist die Pflicht aller demokratischen Bürger unseres Landes, der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß wir es nicht zulassen, daß Nazi-Propaganda in Deutschland möglich ist und die Gefahr einer neuerlichen faschistischen Herrschaft weiter wächst.

Die Aktionseinheit aller Demokraten gegen Rechts ist daher das Gebot der Stunde. Wir rufen alle demokratischen gesinnten Menschen auf, in Wort und Tat die braune Gefahr an jeder Stelle in unserem Land zu bekämpfen, bis sie völlig beseitigt ist.

Die verantwortlichen Stellen in Regierung und Behörden fordern wir mit aller Entschiedenheit auf, dem braunen Treiben nicht länger tatenlos zuzusehen oder gar durch Polizei schützen zu lassen. Wir verlangen daher: Verbot aller faschistischen Organisationen, Veranstaltungen und Publikationen.

NIE WIEDER FASCHISMUS - NIE WIEDER KRIEG!

Neue Gesetzesinitiative der CSU/CDU:

Verordnete Friedhofsruhe

Im Herbst 1974 brachte die CDU/CSU einen Entwurf für ein "Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens" im Bundestag ein. Dies Gesetz stieß auf bundesweite Ablehnung - einschließlich eines Teils der Regierungskoalition -. Dennoch griff die Regierung die CDU/CSU Initiative auf, machte einen "eigenen", aber vom Wesen her ähnlichen Entwurf und herauskamen die §§ 88 a und 130 a.

Schon damals warnte der DID, daß der noch weiterreichende Angriff der Strauß-Riege nicht abgeschlagen, sondern höchstens die reaktionärsten und offensten Angriffe auf die demokratischen Rechte etwas abgeschwächt, verwässert und verzögert wurden.

Mit zwei Gesetzentwürfen vom 26.4.77 machte die CDU/CSU-Fraktion einen erneuten Vorstoß in dieser Richtung. Der Gesetzentwurf zur "Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren" sieht eine ganze Reihe von Einschränkungen der Verteidigerrechte und der Rechte von Angeklagten vor; der Gesetzesvorschlag zur "Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des inneren Friedens" beschneidet das Versammlungsrecht, die Demonstrationsfreiheit und besonders auch die Rechte der Ausländer.

Den Geist des Gesetzes macht seine offizielle Begründung deutlich:

(aus Bundestagsdrucksache 8/322)

"Auch der Mißbrauch des Demonstrationsrechts zu gewalttätigen Ausschreitungen hat sich verstärkt. Radikale Gruppen und subversive Kräfte mißbrauchen das Demonstrationsrecht mit sich steigender Gewalt zu organisiertem Widerstand. Der Gesetzgeber ist verpflichtet, unter Wahrung der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und auf friedliche Versammlung die gesetzlichen Voraussetzungen zur Wiederherstellung des öffentlichen Friedens und zur Durchsetzbarkeit staatlicher Willensbildung zu gewährleisten. Eine verschärfte Bekämpfung von Terrorismus, gewalttätigen Ausschreitungen bei Demonstrationen und der Schwerekriminalität ist daher geboten."

"Für terroristische Straftaten soll auch bei erstmaliger Verurteilung Sicherungsverwahrung angeordnet werden können.

Die Mindeststrafen für erpresserischen Menschenraub und Geiselnahme werden von drei auf fünf Jahre angehoben.

Der Gesetzentwurf sieht ferner Bestimmungen vor, wonach es Inhaftierten unmöglich gemacht werden soll, aus der Haftanstalt heraus neue Straftaten vorzubereiten oder zu begehen.

Dem geltenden wirkungslosen Tatbestand des Landfriedensbruchs soll seine, den öffentlichen Frieden sichernde Funktion wieder verschafft werden. Im Versammlungsgesetz soll unter der ausdrücklichen Betonung des Friedensgebotes des Artikels 8 Abs. 1 GG die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung wieder mit Strafe bedroht werden. Die Möglichkeiten zum Verbot von politischen Ausländerversammlungen sollen erweitert werden."

Sicherungsverwahrung, d.h. lebenslange Haft ist auch möglich, wenn die "Gesamtwürdigung des Täters und der Tat ergibt, daß seine Bereitschaft fortbesteht, Straftaten nach § 129 a zu begehen". (§ 129 a betrifft Bildung einer terroristischen Vereinigung). Diese dehnbaren Gummiparagrafen legitimieren willkürliche Haft/Isolation und totale Rechtlosigkeit von Gefangenen. Bekanntlich meint die CDU/CSU mit Terroristen nicht nur Leute, die Bomben legen, sondern "terroristisch" ist für Strauß und Dregger auch die Besetzung von Bauplätzen wie in Wyhl. In der Diktion des Bayernkurier sind zahllose fortschrittliche Gruppen terroristisch und sogar bei den Jusos und in der SPD haben diese Herren Sympathisanten des Terrorismus gesichtet.

Durch den geplanten neuen § 125 a/2 in dem Gesetzentwurf kann in Zukunft das Recht auf freie Demonstration praktisch weitgehend außer Kraft gesetzt werden:

"Werden Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit aus einer Men-

schenmenge mit vereinten Kräften begangen, die diese Handlungen in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise unterstützt, so wird derjenige, der sich der Menschenmenge anschließt oder sich nicht aus ihr entfernt, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft."

Jede faschistische Provokation bei einer Demonstration, jeder oft willkürliche gewaltsame Eingriff in eine Demonstration durch Polizei und Zivil-Beamte der politischen Polizei kann somit zum Vorwand werden, der Demonstration einen gewalttätigen Charakter zu geben. Jeder unbeteiligte Passant kann daraufhin festgenommen werden. Hauptgefahr dabei ist, daß durch solche Gesetze schon im vornhinein den Bürgern unseres Landes der Mut genommen werden soll, das Demonstrationsrecht überhaupt wahrzunehmen. Angst soll schon im Vorfeld die demonstrative Meinungsäußerung unterdrücken. Die neuen Regelungen für Ausländerversammlungen machen die ausländischen Kollegen noch rechtloser.

"Eine Ausländerversammlung, die eine politische Betätigung darstellt, kann außer aus den in § 5 genannten Gründen auch verboten werden, wenn die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet ist.

Die Polizei kann eine Ausländerversammlung, die eine politische Betätigung darstellt, auch auflösen, wenn sie einen Verlauf nimmt, der die Voraussetzungen eines Verbots nach § 5 a erfüllt."

Schon diese zwei Beispiele der Änderung des Versammlungsgesetzes zeigen klar, daß in Zukunft praktisch jeder eine solche Versammlung beobachtende Polizeibeamte das Recht hat, diese aufzulösen und zu verbieten. Mit deutscher Perfektion und Gründlichkeit wird jede Situation im Gesetz erfaßt, so daß in jedem Stadium einer Versammlung der staatliche Eingriff möglich ist. Besonders hart trifft dies natürlich Ausländer aus Ländern wie Chile, wo der Faschismus an der Macht ist. Die politische Rechtlosigkeit, die in ihrer Heimat herrscht, trifft sie wieder in dem Land, das sie um Asyl gebeten haben und wo sie hofften, in demokratischer Freiheit sich politisch äußern zu können.

Diese Gesetzesinitiative der Strauß und Dregger hat aber noch eine andere Komponente als die unmittelbar juristische. Solche Gesetze schaffen ein Klima von Angst, Duckmäsertum und Friedhofsruhe.

Ähnlich wie Berufsverbote, die §§ 88 a, 130 a usw. fördern sie einen allgemeinen Rechtsruck in der politischen Landschaft der BRD. In einem solchen Klima gedeihen all die faschistischen und ultrarechten Gruppen, die ja gerade in der letzten Zeit verstärkt an die Öffentlichkeit treten. Durch die entsprechende Propaganda von Springer bis zum Bayernkurier soll auch im Bewußtsein der Öffentlichkeit dafür gesorgt werden, offene faschistische Hetze als normal oder sogar als richtig anzusehen; während gleichzeitig durch die Gleichsetzung Demonstrant = Terrorist Sicherheitsverwahrung für alle Demokraten gefordert wird und -'Rübe ab' - Denken bei den Mitbürgern geschürt wird. Die tatsächlichen Radikalen, alte und neue Nazis bleiben ungeschoren. Auf sie werden alle bisher geschaffenen, gesetzlichen Handhaben sowieso nicht angewandt.

Für die demokratische Bewegung stellt sich also unmittelbar die Aufgabe, solche Gesetze zu verhindern.

Büchertip

Zwei kritische Bücher zur BRD-Wirklichkeit
DID-Lesern empfohlen!

1. Peter Brückner, Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse.
Ein politischer Lebenslauf.
Wagenbach Taschenbuch 29/DM 8.50
Über Verhältnisse: vom Alleinvertretungsanspruch über KPD-Verbot und Notstandsgesetzgebung bis zum § 88a.
Brückner analysiert diesen Weg anhand von Dokumenten und Kommentaren von Ulrike Meinhof.
2. Heinrich Böll, Bericht zur Gesinnungslage der Nation /
Günter Wallraff, Bericht zur Gesinnungslage des Staatsschutzes.
rororo sachbuch 7134/DM 4.80
Noch fallen die Extremisten vom Verfassungsschutz nicht unter das Berufsverbot. Heinrich Bölls entlarvende Satire auf Gesinnungsschnüffelei und Wallraffs Dokumentation der Ermittlungen über ihn bereiten die nötige öffentliche Untersuchung mit Argumenten und Anschaulichkeit vor.

Offensiv in die Verhandlung – gewonnen

Am 25.5.77 verhandelte der Bayer. Verwaltungsgerichtshof in Sachen Berufsverbot. Durch die breite Unterstützung der Öffentlichkeit und das entschlossene Auftreten der drei Betroffenen Sonja Alferi, Christina Lichtwarck und Volker Veeseer konnte gegenüber der Regierung von Schwaben erkämpft werden, daß sie als Lehrer in den Staatsdienst eingestellt werden müssen.

Allen dreien war die Kandidatur bei Studentenparlaments-Wahlen auf der Liste der "Demokratischen Front" vorgeworfen worden. (Die Demokratische Front ist eine Hochschulorganisation, in der Kommunisten zusammen mit anderen Demokraten gegen den Abbau demokratischer Rechte und den Einfluß der Rechten an den Hochschulen kämpfen).

Außer diesem zentralen Vorwurf der Zusammenarbeit mit Kommunisten, der auch bei fast allen anderen Berufsverbotsfällen ausschlaggebend ist, wurden noch andere Anklagepunkte erhoben, z. B. das Wohnen in einer "Kommunebehausung", die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung, bei der es um angebliche Straftaten bei einer Rote-Punkt-Aktion ging oder die Beteiligung an einer Anti - NPD - Aktion

Das für die drei Lehrer positive Urteil des Verwaltungsgerichtshofes zeigt, daß in der Tat nur zum Erfolg führt, wenn man sich wehrt gegen den Abbau demokratischer Rechte.

Alle drei Kollegen haben offensiv auch nochmal während der Verhandlung ihr demokratisches Engagement und ihre Auffassung vertreten. Damit haben sie nicht nur der demokratischen Sache insgesamt sondern auch ganz konkret ihrer beruflichen Existenz genützt. Ein solches Urteil, das für viele andere Betroffene Bedeutung hat, wäre nicht zustande gekommen ohne die breite Protestbewegung gegen Berufsverbote in unserem Land und auch im Ausland. Dies spiegelte sich auch ganz direkt in den vielen Gruß- und Protestschreiben, die zu dieser Verhandlung beim Gericht eingegangen waren, auch vom Oberbürgermeister der Partnerstadt von Augsburg, Bourges, und aus

Paris vom Sprecher der französischen Solidaritätskomitees, Rechtsanwalt Caldor, wieder. Aus Bourges war außerdem noch eine Vertreterin des dortigen Komitees gegen Berufsverbote zu uns gekommen, um den Prozeß zu beobachten.

Deutlicher als viele Demokraten in der BRD haben die französischen Gegner der Berufsverbote die ganze Gefährlichkeit der reaktionären Entwicklung, von der die Jagd auf Demokraten im öffentlichen Dienst nur ein Teil ist, erkannt. ■



Gegen Berufsverbote – Bayer. Jungdemokraten

Die bayerischen Jungdemokraten hatten zu einer Diskussion über Berufsverbote eingeladen. Da an dieser Diskussion auch Professor Horst Holzer teilnehmen sollte, der wegen seiner DKP Mitgliedschaft Berufsverbot hat, sagten die Vertreter der 'Bonner Parteien' ihre Teilnahme ab. Darüberhinaus verbot die FDP Landesleitung unter Androhung des Entzuges der finanziellen Unterstützung die Veranstaltung. Die Jungdemokraten schienen zu kuschen, die Veranstaltung wurde abgesagt.

Aber dann besannen sie sich des Richtigen. Sie verzichteten ihrerseits auf die finanzielle Unterstützung und die Räume, die ihnen der Landesverband zur Verfügung stellte. Nur so sehen sie eine Möglichkeit den Maulkorb abzuwerfen, den ihnen ihre Partei überstülpen will. ■

Ein katholischer Charakter

In München gibt es eine katholische Fachhochschule für die Fachrichtung Sozialwesen. Wer an dieser Fachhochschule studieren will - und das sind viele angesichts des rigiden Numerus clausus an den staatlichen Fachhochschulen - der muß zuvor unterschreiben, daß er den besonderen, nämlich katholischen, Charakter dieser Ausbildungsstätte anerkennt.

Wer sich darunter nichts Genaues vorstellen konnte, erhielt kürzlich Anschauungsunterricht. Anlässlich des Streiks der Studenten gegen das Hochschulrahmengesetz sah die Hochschulleitung den katholischen Charakter gefährdet.

Als Gegenmaßnahme wurde den aktiven Studenten mit Zwangs-Exmatrikulation gedroht, falls sie im Namen irgendeiner fortschrittlichen politischen Organisation auftreten würden. Aber nicht nur die Freiheit der politischen Organisierung wurde hier außer Kraft

gesetzt; um völlig reinen Tisch zu machen, gab die Hochschulleitung weiterhin bekannt: " ... es ist insbesondere untersagt, Veranstaltungen jeglicher Art in den Abteilungen durchzuführen, Büchertische und Informationsstände aufzustellen oder herumzutragen, Plakate aufzuhängen sowie Zeitschriften und Flugblätter zu verteilen oder auszulegen ..."

Die Hochschulleitung wird bei Zuwiderhandlung die in der Verfassung der Stiftungsfachhochschule München dafür vorgesehenen Konsequenzen für die betreffenden Studenten ziehen.

Grundsätzlich hat zwar jeder Mensch das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und Koalitionsfreiheit.

Das Beispiel Stiftungsfachhochschule München zeigt aber wieder einmal, wie mühelos diese Rechte außer Kraft gesetzt werden können. Wer dort studieren will, muß halt auf seine Rechte verzichten. Was an der Stiftungsfachhochschule als Verstoß gegen den katholischen Charakter bezeichnet wird, heißt woanders Verfassungsfeindlichkeit oder Störung des Betriebsfriedens. Gemeint ist dabei überall das Gleiche: die Tatsache, daß Menschen für ihre eigenen Interessen aktiv werden und sich für ihre Rechte und den Fortschritt einsetzen.

Justizterror

Seit zwei Jahren sitzen Karl Heinz Roth und Roland Otto in Haft. Sie waren beschuldigt worden, auf Polizisten geschossen und einen von ihnen getötet zu haben. D. h. Roth und Otto sollten nicht selbst den tödlichen Schuß abgegeben haben, sondern ihr Freund Werner Sauber. Trotzdem wurden sie wegen Mordes angeklagt, nachdem der Staatsanwalt vermutete, Roth und Otto hätten sich in stillschweigendem Einverständnis mit dem tatsächlichen Täter befunden. Karl Heinz Roth erkrankte in Haft schwer und wäre dort fast gestorben. Trotzdem ließ die Staatsanwaltschaft den Haftgrund fortbestehen.

Erst jetzt, nachdem im Prozeß klargeworden ist, daß nichts an den Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft wahr ist, wird plötzlich festgestellt: Ein weiterer Haftgrund besteht nicht mehr, beide Angeklagten können in Freiheit den Urteilsspruch abwarten. Roth und Otto haben mehr als zwei Jahre umsonst gesessen.

Ähnlich ist es einem Lehramtsanwärter in Frankfurt ergangen, der beschuldigt wurde, auf einer Demonstration einen Molotow-Cocktail nach einem Polizisten geworfen zu haben.

Obwohl auch hier recht bald feststand, daß der Betreffende zu dem fraglichen Zeitpunkt nicht einmal in der Stadt war, wurden er und seine Begleiterin weiterhin als Täter behandelt.

Jetzt, nach über zwei Jahren, ist schließlich die Anklage fallengelassen worden.

"Die Einheitsfront aller Sozialisten galt mir immer als Ziel."

O.M.Graf

Oskar Maria Graf lesen !

Über 30 bis 40 Jahre lang vernachlässigte Werke antifaschistischer Exilliteraten erleben gegenwärtig ihre Renaissance in der BRD. Werke von Bredel, Bruno Frank, Heinrich Mann, Lion Feucht Feuchtwanger und Oskar Maria Graf erscheinen wieder auf dem Buchmarkt - letztgenannter in einer großangelegten Ausgabe über mehrere Jahre hinweg.

Wenn auch dieser Rückbesinnung fraglos kaufmännische Motive unterstellt werden müssen, denn die "zahmeren" Literaten des Nazi-Exils (Hesse, Th. Mann) sind bereits in Massenaufgaben marktsättigend verbreitet, als literarisch interessierter Demokrat muß man sie begrüßen. Dies tut u. a. die konservative "Frankfurter Allgemeine Zeitung, wenn sie meint, "es sei Zeit, Oskar Maria Graf ernst zu nehmen".

Wer war Oskar Maria Graf? Ein Bayer, der in New York City starb! Diese geographische Lebens-Anfang/Ende-Dimension deutet durchaus schon das aktive Leben des Oskar Maria Graf an. Nach nur sechsjährigem Volksschulbesuch ist er gezwungen, fast ebenso lang unter unmenschlichen Bedingungen als Bäckerlehrling zu arbeiten, wobei ihm "der Sozialismus auf den Rücken geprügelt worden ist". Instinktiv, sagt er weiter von sich, habe ihn das zum "Rebell" gemacht. Seine Laufbahn beginnt mit der Flucht aus dem Elternhaus und setzt sie mit seiner Kriegsdienstverweigerung zu Beginn des 1. Weltkrieges fort. Graf wird Hilfsarbeiter, beteiligt sich an Streiks und schließt sich der revolutionären Bewegung um Eisner, Mühsam, Landauer an. Er ist ebenso an der November-Revolution beteiligt, wie an der bayerischen Räterepublik. 1934 reist Oskar Maria Graf in die Sowjetunion zur Teilnahme am 1. Allunionskongreß der dortigen Schriftsteller. Diese Einla-

dung reihte ihn, international sichtbar in die Reihe antifaschistischer deutscher Schriftsteller ein. Inzwischen widmete sich Graf mehr und mehr der Literatur. Er wird Dramaturg an einem sozialistischen Arbeitertheater, Mitglied des PEN-Clubs und des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller,

Schon im Februar 1933 emigrierte er freiwillig nach Wien, wo er im folgenden Jahr am Dollfuß-Aufstand teilnimmt und danach in die Tschechoslowakei fliehen muß. Hier kann Graf drei Jahre



Oskar Maria Graf.
Zeichnung von B. F. Dolbin

eine Exilzeitschrift herausgeben, bis er auch dieses Land verlassen muß und 1938 in die USA nach New York emigriert.

30 Jahre hat Oskar Maria Graf dieses "Musterbild der Vereinten Nationen", wie er es wohl noch nennen konnte, bewohnt. Auch in Amerika setzt er seine politische Arbeit fort: hält Reden und wird Mitarbeiter der deutschsprachigen Zeitschrift "Aufbau", der er bis zu seinem Tod vor 10 Jahren aktiv verbunden bleibt.

Das erste Drittel des 73-jährigen Lebens Oskar Maria Grafs ist von psychischer, existentieller, sozialer Not, von Mißerfolg und Kriegselend begleitet. Gelegenheitsarbeiten u. a. als Liftboy, Fabrikarbeiter, Plakatausträger, Buchkritiker ermöglichen ihm relativ frei als Schwabing-Bohemien am literarisch-politischen Leben um Brecht, Toller, Becher u.a.m. im München der 20-er Jahre teilzunehmen.

Er selbst titulierte sich in dieser Zeit ironisch als Provinzschriftsteller. Diese Kategorisierung als bayrisch-bäurisch-beschränkt verkennt noch heute den volkstümlich-kämpferischen Charakter der Bücher Oskar Maria Grafs. Nicht nur, daß die Literaturgeschichte ihn mit Worten wie: "derber Naturalismus" und "heimatliche Bodenständigkeit" (Martini) beschrieb, die Nazis versuchten Graf zum "Exponenten des neuen deutschen Geistes" zu machen, indem sie ihn auf die weiße Autorenliste setzten. Mit seinem weltweit beachteten Aufruf "Verbrennt mich!" setzte sich Oskar Maria Graf zur Wehr, was prompt zu seiner Ausbürgerung führte. Die Nationalsozialisten hatten versucht, das Bekenntnis "Wir sind Gefangene" für sich zu reklamieren, obwohl es den Rezensenten A. Hitler szt. so erboste, daß er dem Verfasser den Galgen ankündigte. Graf, der in dieser Zeit (1905/19) von Freunden "Anarchist" gerufen wird, erzählt mit schonungsloser Offenheit von seiner Erbitterung gegen die Umwelt, wodurch er sich zum Sprecher der enttäuschten Jugend seiner Zeit machte. Maxim Gorki nannte "Wir sind Gefangene" "das einzige Werk, das den revolutionären Geist der unterdrückten deutschen Massen zum Ausdruck bringt" und Oskar Maria Graf selbst erkennt, daß er "ab jetzt zeitlebens nur noch engagierter Schriftsteller" sein konnte. Deutlich kommt dieses in seinem 1936 erschienenen Zeitroman "Der Abgrund" (heute: "Die gezählten Jahre") zum Ausdruck. Anhand der Geschichte vom Niedergang der Familie eines Sozialdemokraten wird die Zeit des beginnenden Faschismus in Deutschland und Österreich dargestellt. Obwohl der Roman nicht auf die restlose Zustimmung der Kommunisten und Sozialdemokraten stieß - Graf war und blieb Außenseiter mit seiner unparteilichen Einstellung - hat man ein erschütterndes Zeitgemälde vor sich. Hatte Oskar Maria Graf in "Der Abgrund" durchaus politische Menschen geschildert, so geht es in seinem 1937 erschienenen Roman "Anton Sittinger" um einen typisch unpolitischen Spießler, der sich aus Eigennutz stets auf die Seite der gerade amtierenden Machthaber schlägt. Auf eindringlich beklemmende Weise erfährt der Leser vom Untertan Anton Sittinger zwischen 1918 und 1933 - der Zeit, in die Hitler so erfolgreich hineinwirken konnte. Warnend vermittelt Graf, wie verhängnisvoll Unorientiertheit und mangelndes politisches Bewußtsein sein können. Er ist damit wieder

Verbrennt mich!

Protest anläßlich der deutschen Bücherverbrennungen 1933

Wie fast alle linksgerichteten, entschieden sozialistischen Geistigen in Deutschland habe auch ich etliche Segnungen des neuen Regimes zu spüren bekommen: Während meiner zufälligen Abwesenheit aus München erschien die Polizei in meiner dortigen Wohnung, um mich zu verhaften. Sie beschlagnahmte einen großen Teil unwiederbringlicher Manuskripte, mühsam zusammengetragenes Quellenstudienmaterial, meine sämtlichen Geschäftspapiere und einen großen Teil meiner Bücher. Das alles harrt nun der wahrscheinlichen Verbrennung. Ich habe also mein Heim, meine Arbeit und - was vielleicht am schlimmsten ist - die heimatliche Erde verlassen müssen, um dem Konzentrationslager zu entgehen.

Die schönste Überraschung aber ist mir erst jetzt zuteil geworden: Laut „Berliner Börsencourier“ stehe ich auf der „weißen Autorenliste“ des neuen Deutschlands, und alle meine Bücher, mit Ausnahme meines Hauptwerkes „Wir sind Gefangene“, werden empfohlen: Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des „neuen“ deutschen Geistes zu sein!

Vergebens frage ich mich: Womit habe ich diese Schmach verdient?

Das „Dritte Reich“ hat fast das ganze deutsche Schrifttum von Bedeutung ausgestoßen, hat sich losgesagt von der wirklichen deutschen Dichtung, hat die größte Zahl seiner wesentlichsten Schriftsteller ins Exil gejagt und das Erscheinen ihrer Werke in Deutschland unmöglich gemacht. Die Ahnungslosigkeit einiger wichtigtuerischer Konjunkturschreiber und der hemmungslose Vandalismus der augenblicklich herrschenden Gewalthaber versuchen all das, was von unserer Dichtung und Kunst Weltgeltung hat, auszurotten und den Begriff „deutsch“ durch engstirnigsten Nationalismus zu ersetzen. Ein Nationalismus, auf dessen Eingebung selbst die geringste freiheitliche Regung unterdrückt wird, ein Nationalismus, auf dessen Befehl alle meine aufrechten sozialistischen Freunde verfolgt, eingekerkert, gefoltert, ermordet oder aus Verzweiflung in den Freitod getrieben werden.

Und die Vertreter dieses barbarischen Nationalismus, der mit Deutschland nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hat, unterstehen sich, mich als einen ihrer „Geistigen“ zu beanspruchen, mich auf ihre sogenannte „weiße Liste“ zu setzen, die vor dem Weltgewissen nur eine schwarze Liste sein kann!

Diese Unehre habe ich nicht verdient! Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht, zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen.

Verbrennt die Werke des deutschen Geistes! Er selber wird unauslöschlich sein wie eure Schmach!

Alle anständigen Zeitungen werden um Abdruck dieses Protestes ersucht.
Oskar Maria Graf

hochaktuell, denn auch heute macht sich wieder politisches Desinteresse und Verwirrung breit.

Auch der Epochenroman "Unruhe um einen Friedfertigen", der erst 30 Jahre nach der 1947 erschienenen Erstausgabe in der Bundesrepublik verlegt wurde, ist vor allem ein Buch gegen die Illusion des apolitischen Verhaltens. Vorfaschismus in der Provinz an der Figur des armen jüdischen Dorfschusters J. Kraus macht der Erzähler so lebendig "daß keiner diese Opfer je wieder vergißt" (O. M. Graf).

Und auch hier wieder der warnende Bezug zur Gegenwart: Politisches Desinteresse und nur auf persönliche Belange konzentriertes Verhalten lassen reaktionäre Kräfte immer unkontrollierter expandieren.

Oskar Maria Graf setzt seine Lebenserinnerungen 1966 mit "Gelächter von außen" fort. Dieses Buch schildert die Epoche 1918 bis 1933 - schonungslos und mit Galgenhumor.

Neu erschienen ist jetzt wieder der politisch-gesellschaftskritische Roman

"Die Flucht ins Mittelmäßige", in dem Leben und Schicksale von Emigranten im New York der 50-er Jahre, die nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehrten, festgehalten sind, Wie viele Emigranten war auch Oskar Maria Graf im Ausland geblieben. Die sich daraus ergebende Frage nach dem Warum und Weshalb greift er zeitgeschichtsbewußt, treffsicher auf. "Emigrant ist man nur, wenn man untätig abseits bleibt" antwortet Graf. Auf das Warum antwortet er Hermann Kesten, der neben ihm viele Schicksalsgenossen fragte: "Ich lebe nicht in der Bundesrepublik?" so: "Ich war zu keiner Zeit ein Patriot und ein Nationalist schon überhaupt nie".

Kommen wir aber zunächst zurück auf die großen Romane . . .

Nicht unerwähnt sollten nämlich zwei weitere, der über 30 Bücher Grafs bleiben. In dem Roman der "Ehe des Herrn Bolwieser", dessen unverlorene Aktualität in diesen Wochen durch die Fernsehverfilmung von Reiner Werner Fassbinder bestätigt wird, geht es um die verpfuschte Ehe des Provinzspießers Bolwieser. Entlarvt wird die Provinz mit ihrer Moral und falschen Tabus. Ein ebenso menschliches Dokument ist Grafs, als schönstes Buch bezeichnetes Werk "Das Leben meiner Mutter". Der Sohn erzählt das einfache Leben seiner Mutter, bestehend aus Arbeit, Geduld und Liebe. Oskar Maria Graf selbst spekulierte, "damit das Leben der Mütter" exemplarisch erzählt zu haben, was sicher heute nur noch teilweise zutrifft. Der Bolwieser- und der Mutter-Roman sind Zeugen der großen Einfühlungs- und Beschreibungskraft Grafs, weshalb besonders auf sie die Worte Bruno Franks zutreffen, der von der "Dichtung eines wirklichen Lebens- und Menschen-Kenners spricht. Oskar Maria Graf ist sowohl menschlich, als auch sozial und damit politisch einer der "engagiertesten" der inzwischen klassischen Literaturepöche deutscher Exilanten. Er liebte sein Heimatland, gerade weil er ihm gegenüber ein kritischer Zeitgenosse war und blieb. Bei seinem ersten von vier Deutschlandbesuchen nach 1945, lehnte er das "Hierbleiben" schroff ab: "Ich könnte hier nicht atmen, wo die Mehrheit so satt und selbstzufrieden dahinglebt. Die Situation hier erinnert mich geradezu unheimlich an die Jahre vor 1933!"

Bleibt zu fragen, warum Graf nicht in die DDR übersiedelte. Schließlich hatte er zum "Neuen Deutschland" Kontakte. Er

war korrespondierendes Mitglied der Akademie der Künste in Ost-Berlin und hat sich auch dort aufgehalten. Vermutlich wäre für Oskar Maria Graf, wie sie es für Brecht wurde, die DDR eher eine politische Heimat gewesen, tatsächlich aber hat er wohl niemals diesen Gedanken gehabt, vielmehr war er durch die Schule des Exils Weltbürger und seit 1958 auch amerikanischer Staatsbürger geworden.

In diesem Jahr wird Oskar Maria Graf manches Lob und viel Beachtung zuteil. Bernt Engelmann reiht ihn zu Recht in seine Bilanz Deutscher Radikaler ein, Lesungen werden veranstaltet, Grafs Werk wird für das Fernsehen interessant, Neuauflagen erscheinen. Mag es somit besser um das literarisch-politische Vermächtnis Oskar Maria Grafs stehen, über die wiederauflebende Tendenz, erneut Zensur zu praktizieren, um demokratisch gesonnene Bücher auszuschalten, kann das nicht hinwegtäuschen.

Lest Oskar Maria Graf, er ist in zweifacher Hinsicht wieder aktuell!

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Aufstellung der Beschlagnahmen und Inhaftierungen seit Inkrafttreten der Maulkorbgesetze bei, die allerdings unvollständig ist und um eine weitere Staatsschutzaktion schon wieder aktualisiert werden müßte. Gemeint ist die Oberbaum-Verlag-Aktion, die in diesem Heft unter der Überschrift "§ 88 a - Wissenschaftliche Bücher beschlagnahmt" (S 10.) geschildert wird. Die IAM-Initiative zur Abwehr des Maulkorbgesetzes registriert die Aktionen in Zusammenhang mit § 88 a und macht speziell diese Repressionerscheinung den Betroffenen und der Allgemeinheit bekannt. Seit die sogenannten "Gesetze zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens" parlamentarisch vorbereitet werden, also seit nun 2 Jahren, gibt es IAM. Wer die Initiative unterstützen möchte, kann das nützlich durch Plakatbestellung (auch für Freunde und Bekannte, damit später einmal die Entschuldigung "ich habe nichts gewußt" nicht gilt) und durch Mitteilungen zur Sache an IAM, tun.

Postanschrift: JAM, Jacobi, Martin-Greif-Str. 3, 8000 München 2.

Angeklagt: nicht Faschisten sondern die Opfer

Verhandelt werden sollen Tötlichkeiten bei Demonstrationen gegen ein SS-Treffen am 18./19. September 1976 in der Halle der Würzburger Turngemeinde. Durch eine Ankündigung im Fremdenverkehrsprogramm der Stadt Würzburg wurde die Öffentlichkeit auf ein „Kameradentreffen der 18. SS-Panzer Grenadierdivision“ aufmerksam. Wie sich sehr schnell herausstellt, handelt es sich bei diesem Treffen um eine Tagung der 18. SS-Panzer Grenadierdivision „Horst Wessel“ zusammen mit der französischen SS-Division „Charlemagne“. Trotz sofort einsetzender Proteste aus der Öffentlichkeit hält es die Stadtverwaltung nicht für nötig, das Treffen zu verbieten.

Abgelehnt wurde weiter die Einvernahme von Professor Martin Boszat, Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München. Er sollte bestätigen, daß an der Vernichtung rassistischer Minderheiten auch die sogenannten Kampfverbände der Waffen-SS beteiligt waren. Bei Wachmannschaften für Konzentrationslager habe es sich fast ausschließlich um Angehörige der Waffen-SS gehandelt.

Der Vorsitzende Richter, Geis, erklärt, daß er die Akten des Nürnberger Prozesses gelesen habe. Deshalb könne auch dieses Beweisthema als wahr unterstellt werden. Damit hat das Würzburger Gericht eindeutig festgestellt, daß die HIAG-Treffen der Pflege der verbrecherischen Tradition einer verbrecherischen Organisation dienen. Zunächst zurückgestellt wurde der Antrag, den Leiter der Psychiatrischen Universitätsklinik in Heidelberg, Professor von Baeyer, zu hören. Über den Antrag selbst

solle entschieden werden, wenn das Ergebnis der Beweisaufnahme vorliege. Verteidiger Jochum hatte den Antrag so begründet:

„Die öffentlich durchgeführte Traditionspflege der Waffen-SS ruft in den Überlebenden der Verfolgung und den Angehörigen der Opfer Erinnerungen wach, die starke Angstzustände hervorrufen. Die Befürchtung, das Schreckliche kann sich noch einmal wiederholen, kann so mächtig werden, daß der Betroffene nicht mehr zu einer normalen Steuerung seiner Reaktion fähig ist.“

Der erste Teil des Würzburger Zigeunerprozesses, der im In- und Ausland Aufsehen erregt hat, ist vorüber. Ein Stück Absurdität bundesdeutscher Wirklichkeit des Jahre 1977 ist dabei zutage getreten. Angeklagt wurde nicht die SS, sondern ihre Opfer, während sich SSler als Belastungszeugen gegenüber Menschen aufspielen konnten, die während des Faschismus verfolgt und gequält wurden. Der öffentliche Protest hat zumindest bewirkt, daß sich das Gericht veranlaßt sah, richtige Feststellungen über den verbrecherischen Charakter der SS und ihrer Traditionen zu treffen. Doch Konsequenzen für den Prozeß wurden nicht gezogen. Die Angeklagten blieben angeklagt. Statt ihnen ihre Angst zu nehmen, wurden sie aufs neue verängstigt.

Dann erhält der Kronzeuge vor Oberstaatsanwalt Fischer seinen Auftritt. Wie ein gespeicherter Computer macht er seine Angaben: Er habe gesehen, daß sich in einiger Entfernung von seinem Standort etwas entwickelt habe. Etwa 25 Meter von ihm entfernt habe sich eine Schlange gebildet, die selbst ebenfalls noch einmal zirka 25 Meter Länge gehabt habe. Danach lagen also zwischen ihm und dem Ausgangspunkt der Tötlichkeiten etwa fünfzig Meter. Dennoch will er trotz Dunkelheit gesehen haben, wie der Angeklagte, zusammen mit seinem ebenfalls angeklagten Sohn, die SSler mit Stöcken gestoßen hätte. Der Zeuge, ein Polizeioberkommissar, sagt weiter aus, daß der Angeklagte Erwin W. mit einem Stock auf die SSler eingeschlagen habe. Er spricht von insgesamt rund hundert Schlägen, die den SSlern verabreicht worden seien. Die Zigeuner nennt er in diskriminierender Weise ständig Landfahrer.

Diesen Aussagen des Polizeioberkommissars stehen mehrere gegenteilige Aussagen anderer Zeugen gegenüber. Selbst die Aussagen der SSler widerlegen ihn. Mit diesen schwerwiegenden Widersprüchen geht der erste Verhandlungstag nach siebenstündiger Verhandlung zu Ende. Mit der Bemerkung, die Prozeßbeteiligten sollten sich überlegen, wie man das Verfahren einstellen könne, vertagt der Richter die Verhandlung auf den nächsten Morgen.

Oberstaatsanwalt Fischer erklärt sich bereit, einer Einstellung des Verfahrens unter folgenden Bedingungen zuzustimmen:

Der Angeklagte Josef L. bezahlt 1000 DM Geldbuße, der Angeklagte Gernot L. 500 DM, der Angeklagte Manfred W. 300 DM, die Angeklagte Christine S. 800 DM.

Nach einer kurzen Pause nimmt die Verteidigung Stellung. Die Vertreter von Josef L., Gernot L., Christine S., nervös und verängstigt, erklären sich mit dem Vorschlag des Oberstaatsanwaltes ein-

verstanden. Die Verteidigung der restlichen vier Angeklagten lehnt diesen Vorschlag ab. Verteidiger Jochum: „Sie, Herr Staatsanwalt, haben in Verbindung mit der Demonstration die Kommunisten angesprochen. Ich muß sie deshalb fragen, ob Proteste gegen eine verfassungswidrige Organisation nur deshalb weniger wert sind, weil sie von Kommunisten kommen? Dazu muß ich sagen, es ist mehr als bedenklich, wenn Proteste nicht auch von einer CDU, CSU, SPD und FDP gegen solche Art Traditionspflege kommen. Ein Staat verhängt Strafen und ein Staat verteilt Orden. Wer gegen die SS protestiert, sollte nicht bestraft werden, sondern hat einen Orden verdient. Ich lehne die Einstellung des Verfahrens deshalb ab.“

Während der Beratungspause erwidern die Angeklagten, die den Vorschlag des Oberstaatsanwaltes angenommen haben, auf Befragung: Josef L.: „Noch einmal einen Termin halte ich nicht durch. Ich bin mit meinen Nerven am Ende. Lieber bezahle ich und habe meine Ruhe.“

Josef L. erklärt dies auch für seinen Sohn. Im gleichen Sinne begründet Christine S. die Annahme des Vorschlages. Auch wenn in diesem Sinne nicht von einer Vorstrafe gesprochen werden kann, so werden die Angeklagten mit dieser Verfahrensweise doch schuldig gesprochen.

Der Vorsitzende Richter verkündet alsdann folgenden Beschluß: Das Verfahren gegen die Angeklagten Josef L., Gernot L. und Christine S. wird vorläufig eingestellt unter den genannten Auflagen. Gegen die vier Angeklagten der Familie W. wird das Verfahren bis zum 18. Juli 1977 verlagt. Die Angeklagten sollen bis dahin von dem Würzburger Psychiater Professor Dr. Sattes untersucht werden.

Daß Verfolgte des Naziregimes wie die Würzburger Zigeuner heute wieder Angst vor der SS haben müssen und daß sie dafür auch noch vor ein Gericht gestellt werden, ist wohl das erschreckendste an diesem fatalen Prozeß.

Aus „die tat“ vom 15. Juli 1977

Freiheit für Heß?

Auch unter Demokraten und Antifaschisten hört man nicht selten die Meinung, daß alte Naziverbrecher wie Heß oder Kappler (ehemaliger SS-Polizeichef von Rom) doch freigelassen werden sollten. Es wäre auch ein Akt der Menschlichkeit, sie nach jahrzehntelanger Haft zu entlassen, sie seien krank oder senil und würden überhaupt niemandem mehr schaden!!

Das Problem der "Freiheit für Heß" liegt tiefer. Wer fordert hier Freiheit für Heß in der BRD? Es sind genau die, denen schon wieder die Möglichkeit gegeben wird, faschistische Propaganda zu betreiben, die in Dachau nazistische Aufmärsche planen, die wie Nazi-Oberst Rudel den Friedensnobelpreis an Heß verleihen wollen usw... In Italien fordert der MSI (faschistische Partei) Kapplers Freiheit - er sitzt in Rom im Gefängnis -, in der BRD die NPD und das ganze Spektrum der Rechten, und ultrarechten Gruppen und Publikationen. Sie fordern Freiheit und Menschlichkeit für Massenmörder, aber durch Springers Bild auf 'Rüber runter'-Stimmung gebracht verlangt man "Sicherheitsverwahrung" (bei den Nazis hieß das 'Schutzhäft') für die zu Terroristen abgestempelten Demonstranten. Die Kräfte, die Freiheit für Heß verlangen, wollen Freiheit und Nachsicht nicht für den alten Mann Heß, sondern für den Faschisten Heß, der bekanntlich seine Verbrechen nie bereut hat. Sie wollen mit

dieser Forderung den Faschismus und seine Verbrechen rehabilitieren und verharmlosen. Freiheit für Heß ist nicht in 1. Linie ein Problem der Menschlichkeit. Ob es unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen menschliche Gnade für einen Massenmörder wie Heß geben kann, sei hier einmal offengelassen, aber nicht offen kann bleiben, warum die Faschisten die Forderung aufstellen.

Initiative zur Abwehr des
Maulkorbgesetzes

ANTI - STRAUß - KOMITEE



Gegen Maulkorbparagrafen-
für linke Solidarität!
Poster mit zwei Motiven für
2,- DM (Mengenrabatt ab 10)
bei H. Jacobi, Martin-Greif-Str.3
8000 München 2

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ein
Jahresabonnement des
**DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES**

DM 8.- habe ich überwiesen /
liegen in Briefmarken bei

Name:.....

Vorname:.....

Straße:.....

Ort:.....

**DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST**

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

ABONNEMENTS:

Jahresabonnement DM 8.-
Postscheckkonto Jacobi,
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:

Heinz Jacobi, 8000 München 2, Martin-Greif-Straße 3
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag